



Kiel, 17. Juli 2015
Nr.: 06 /2015

Aus dem Landtag (34. Tagung, 15. bis 17. Juli 2015)

Politische Weichenstellungen für Schleswig-Holstein

Nachdem der Koalitionsausschuss sich am 7. Juli über ein umfangreiches Paket zur Entlastung für Familien, Qualitätssteigerung der Kindertagesstätten, finanzielle Unterstützung der Kommunen, Aufstockung der Grundfinanzierung der Hochschulen, kulturelle Vielfalt und Personalentwicklung verständigt hatte, hat Ministerpräsident Albig auf dieser Basis eine Regierungserklärung abgegeben. Unter dem Titel „Rot-grün-blaue Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft“ legte der Ministerpräsident die Familienpolitik mit dem Einstieg in die kostenfreie Kita, Verbesserungen der Qualität der Kita-Betreuung, den Weg zu 100 % Unterrichtsversorgung, die Erhöhung der Finanzierung der Hochschulen des Landes, die Hilfen für Flüchtlinge und das Programm für kulturelle Vielfalt dar. Junge Beamtinnen und Beamte bei der Polizei, in der Justiz und in der Steuerverwaltung sollen ein besseres Einstiegsgehalt bekommen. Albig kündigte ein Investitionsprogramm „Impuls 2030“ an, das im Herbst ausgearbeitet sein soll und bis 2030 rund 500 Mio. € umfassen wird.

Die Opposition kritisierte die Koalitionsbeschlüsse und die Regierungserklärung, ohne jedoch Alternativen aufzuzeigen. So geht die Kritik an den angeblich zu hohen Ausgaben allerdings ins Leere.

Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses finden sich hier: <http://www.spd-schleswig-holstein.de/de/aktuelles/aid/6715>

Regierungserklärung von MP Albig: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/I/Ministerpraesident/Reden/_documents/150715_Regierungserklaerung_MP.html

Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner: <http://www.spd.ltsh.de/presse/die-k-stenkoalition-stellt-die-weichen-f-r-die-zukunft>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Errichtung einer Pflegekammer

Der Landtag hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege den Weg für eine Pflegekammer freigemacht. Diese ist eine demokratisch legitimierte Selbstverwaltung für die Pflegefachberufe, die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen. Innerhalb von 30 Monaten soll nun ein Errichtungsausschuss die erste Kammerwahl vorbereiten und durchführen. Die wichtigsten Aufgaben der Pflegekammer sind: Überwachung der Berufspflichten der Mitglieder, Fort- und Weiterbildung, Qualitätssicherung im öffentlichen Gesundheits- und Pflegewesen, Stellungnahme zu Gesetz- und Verordnungsentwürfe und Einbringung von Vorschlägen zur Verbesserung der Qualität der Pflege und der Arbeitsbedingungen in der Pflege sowie des Ansehens der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit.

Rede der pflegepolitischen Sprecherin Birte Pauls: <http://www.spd.ltsh.de/presse/eine-starke-stimme-f-r-die-pflegeberufe>

Stärkung des Kinderschutzes

In der Debatte um die Vorgänge in den „Friesenhof“-Heimen geht es der Opposition offensichtlich nicht um das Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen, sondern um Skandalisierung und angeblich unzureichende Aktenführung im Sozialministerium. Dazu haben CDU und FDP sogar die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses angekündigt. Die Küstenkoalition hat dem gegenüber einen Antrag eingebracht, in dem es darum geht, das Kindeswohl sicherzustellen und den Schutz von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen zu stärken. Die landesrechtlichen Regelungen sollen mit dem Ziel einer angemessenen Personalausstattung in den Heimen überarbeitet werden, die Heimaufsicht des Landesjugendamtes soll personell besser ausgestattet werden und als unabhängiger Ansprechpartner für die Jugendlichen soll eine Ombudsstelle eingerichtet werden. Zudem sollen die Handlungsmöglichkeiten der Heimaufsicht (SGB VIII) ausgeweitet werden. Bis zum

Jahresende will Sozialministerin Alhleit eine neue Heimverordnung vorlegen, die auch die Heimaufsicht regelt.

Darüber hinaus soll ein Runder Tisch einberufen werden, der Handlungsfelder für eine Weiterentwicklung der Heimerziehung aufzeigen soll.

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner zu diesem Thema:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/das-kindeswohl-hat-priorit-t>

Hochschulen

Die Koalition hat eine Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen im Land beschlossen. Demnach erhalten sie 2016 10 Mio € mehr und in den folgenden 3 Jahren je 5 Mio € mehr, also bis 2019 25 Mio €. Darüber hinaus haben wir den Hochschulen die Weiterbewilligung der Mittel aus dem Hochschulpakt (30 Mio € jährlich) nach dessen Auslaufen zugesagt. Das soll Flexibilität bei der Personalplanung ermöglichen. Hinzu kommen Mittel für den Hochschulbau in Höhe von insgesamt fast 200 Mio €.

Die Landesregierung hat einen Entwurf für ein neues Hochschulgesetz vorgelegt, der jetzt in die Anhörung geht. Er sieht vor, dass auch Absolventen von Fachhochschulen promovieren können sollen. Außerdem geht es um die Gestaltung des Mitbestimmungsrechts vor allem für die Studierenden und die nicht wissenschaftlichen Beschäftigten.

Informationen zur HSG_Novelle: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/_startseite/Artikel/150716_hochschulgesetz.html

Die Rede des hochschulpolitischen Sprechers Martin Habersaat zu diesem Thema:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/wir-l-sen-die-probleme-st-ck-f-r-st-ck>



Mietpreisbremse

Die gesetzliche Mietpreisbremse schützt Mieter seit dem 1. Juni 2015 besser vor überkauerten Mietverträgen. Das Gesetz sieht vor, dass Mieten bei der Wiedervermietung nur noch bis maximal 10 Prozent über das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmieten steigen dürfen. Die Länder müssen nun Verordnungen erlassen, in denen Gebiete mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ausgewiesen werden. In Schleswig-Holstein fallen nach jetzigem Stand 10 Kommunen, unter die Kriterien des Gesetzes (Hörnum, List, Kampen, Sylt, Wenningstedt-Braderup, Wyk auf Föhr, Barsbüttel, Glinde, Wentorf bei Hamburg und Halstenbek), 5 weitere sollten aufgenommen werden nach kommunaler Stellungnahme, im Hamburger Rand ist ein „Gefährdungsbereich“ im Beobachtungsstatus.

Unter die Kappungsgrenzenverordnung, die Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen (nicht bei Neuvermietung) auf maximal 15 % innerhalb von drei Jahren begrenzt, fallen in Schleswig-Holstein dagegen 15 Gemeinden im Hamburger Umland und auf den Inseln.

Die Rede des wohnungspolitischen Sprechers Thomas Hölck:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/mieten-m-ssen-bezahlbar-sein-0>

Neue Datenschutzbeauftragte

Der Landtag hat die bisherige stellvertretende Leiterin des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz, die Informatikerin Marit Hansen, zur neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz und damit zur Nachfolgerin für Dr Thilo Weichert gewählt, der das Amt seit 2004 innehatte. „Seit 20 Jahren arbeitet die gebürtige Schleswig-Holsteinerin an der Schnittstelle von Jura und Informatik mit dem Ziel, Datenschutz handhabbar zu machen und von Anfang an in die Systeme einzubauen“, teilt das ULD mit.